



Antrag

der Abgeordneten **Norbert Dünkel, Johannes Hintersberger, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Prof. Dr. Winfried Bausback, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Ute Eiling-Hütig, Barbara Regitz, Berthold Rüth, Dr. Ludwig Spaenle, Peter Tomaschko CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Umsetzung der politischen Bildungsarbeit von Jugendoffizieren der Bundeswehr an bayerischen Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im ersten Quartal 2024 zu berichten, wie sich die Umsetzung der politischen Bildungsarbeit von Jugendoffizieren der Bundeswehr an bayerischen Schulen in den einzelnen Regierungsbezirken darstellt. Im Rahmen dieses Berichts ist zu prüfen, ob die Kooperationsvereinbarung vom 8. Juni 2010 zwischen dem damaligen Staatsministerium für Unterricht und Kultus und dem damaligen Wehrbereichskommando IV – Süddeutschland – der Bundeswehr (jetzt Landeskommando Bayern) noch zeitgemäß ist und wie diese ggf. weiterentwickelt werden kann.

Begründung:

Am 5. September 2019 hat der Landtag mit dem Beschluss Drs. 18/2432 die Staatsregierung gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass Jugendoffiziere als Angehörige der Parlamentsarmee Bundeswehr auf Basis der genannten Kooperationsvereinbarung weiterhin an bayerischen Schulen als Experten in Fragen der Friedenssicherung sowie der Sicherheits- und Verteidigungspolitik informieren können.

Bald vier Jahre nach diesem Beschluss liegt es im Interesse des Landtags, über die Umsetzung dieses Beschlusses in den vergangenen Jahren ausführlich informiert zu werden. Die Coronapandemie hat hier zeitweise zu ungeahnten Herausforderungen geführt. Auch befinden sich angesichts des anhaltenden russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine die Bundeswehr, die Bundesrepublik Deutschland und Europa als Ganzes in einer völlig neuen sicherheitspolitischen Lage, was sich auch in der politischen Bildungsarbeit niederschlagen muss.

Aus diesem und weiteren Gründen, wie der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahre 2011, ist auch die Vereinbarung von 2010 zwischen dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus und dem Landeskommando Bayern auf den Prüfstand zu stellen. Es gilt sicherzustellen, dass diese Vereinbarung eine tragfähige und zeitgemäße Grundlage für die politische Bildungsarbeit der Jugendoffiziere in den kommenden Jahren darstellt.